

Presseaussendung anlässlich des Internationalen Tages gegen Gewalt an SexarbeiterInnen am 17. Dezember
der Organisationen LEFÖ, maiz, PiA, sexworker.at, iBUS, und SXA-Info am 17/12/2014



Gewalt gegen SexarbeiterInnen muss endlich bekämpft werden!

Utl: Strukturelle Missstände fördern Gewalt an SexarbeiterInnen.

Es ist höchste Zeit für adäquate Rahmenbedingungen zur Ausübung von sexuellen Dienstleistungen.

Gewalt gegen SexarbeiterInnen manifestiert sich in unterschiedlichsten Formen. In medialen und öffentlichen Debatten stehen meist physische und psychische Gewalterfahrungen, die SexarbeiterInnen erleben, im Vordergrund. Kaum thematisiert wird hingegen die strukturelle Gewalt, die andere Formen von Gewalt und die damit verbundene behördliche Willkür oftmals erst ermöglicht.

Die Politik konzentriert sich mit erweiterten Angeboten im Bereich Krisenintervention und Beratung derzeit sehr stark auf den Schutz der Frauen, die Opfer von Gewalt und Zwang sind. **Wie sieht aber die Realität für jene Frauen aus, die eigenverantwortlich diese Tätigkeit ausüben wollen? Von welchen Formen der Gewalt sind sie betroffen?**

Strukturelle Gewalt: Arbeitsrechtlich gesehen ist die Erbringung von Sexdienstleistungen kein Beruf. SexarbeiterInnen sind aber verpflichtet Lohnsteuer aus der Sexdienstleistung zu zahlen, obwohl sie nicht selber bestimmen können, ob sie dieser „Nicht Arbeit“ als Selbständige oder Unselbständige nachgehen. War bei der Einführung der neuen steuerlichen Bemessung von Sexarbeit (Frühjahr 2014) geplant, SexarbeiterInnen zu befragen, so ist dies nie geschehen. Durch eine Bordellüberprüfung, die von der Finanzpolizei durchgeführt werden soll, soll festgelegt werden, ob die dort beschäftigten SexarbeiterInnen auf selbständiger oder unselbständiger Basis arbeiten. Durch diese Vorgehensweise wird den SexarbeiterInnen die Fähigkeit über die Bedingungen, unter denen sie die Sexdienstleistungen anbieten selbst bestimmen zu können, ohne von Dritten beeinflusst oder ausgenutzt zu werden, abgesprochen.

Diskriminierung: Alle Menschen haben das Recht auf Arbeit, auf freie Berufswahl und auf gerechte und befriedigende Arbeitsbedingungen. SexarbeiterInnen werden oft durch z. B. übermäßig hohe Mietpreise ausgebeutet und diskriminiert, nur weil es sich dabei um Arbeitsorte handelt, an denen Sexdienstleistungen angeboten werden.

Stigmatisierung: Österreich ist neben Griechenland das einzige Land in Europa in dem es noch verpflichtende Kontrolluntersuchungen gibt. Diese, seit 1945 gesetzlich vorgeschriebenen Untersuchungen dienen ausschließlich der Prävention und Erhaltung der öffentlichen Gesundheit. Sie werden nicht mit dem Ziel durchgeführt, die Gesundheit der SexarbeiterInnen zu erhalten und ihre Rechte zu schützen. Wir sehen diese als eine Form der Diskriminierung und Stigmatisierung und somit Teil der strukturellen Gewalt.

Wir verurteilen jede Form von Gewalt gegen SexarbeiterInnen und fordern mehr Rechte und angemessene und sichere Rahmenbedingungen zur Ausübung von Sexarbeit, die zum Schutz der SexarbeiterInnen dienen.

Es ist Zeit, damit aufzuhören, die „per Gesetz definierte Prostitution“ regulieren zu wollen, sondern die in der Realität tatsächlich erbrachte sexuelle Dienstleistung als Arbeit anzuerkennen.

Das Vorhaben, mit einem Sex-Kauf-Verbot die Situation der **SexarbeiterInnen** verbessern zu wollen ist verlockend, aber irreführend. Es ist moralisch leichter vertretbar die „Opfer“ schützen zu wollen, als sich mit Verständnis, Akzeptanz und wertungsfrei für die Frauen einzusetzen, die sich für die Anbietung von Sexdienstleistungen selbstbestimmt entschieden haben. Lösungen, die **SexarbeiterInnen** entmündigen, führen eindeutig zur Verschlechterung ihrer sozialen und gesellschaftlichen Situation.

Anstatt weitere Maßnahmen zur Stigmatisierung zu ergreifen, die die SexarbeiterInnen in die Abhängigkeiten treiben, sollte endlich begonnen werden die prekären Lebens- und Arbeitsrealitäten zu verbessern.

Anstatt über Sexarbeit zu diskutieren, müssen SexarbeiterInnen als ExpertInnen wahrgenommen und als solche in Entscheidungen miteinbezogen werden. Sonst sind alle Versuche politische Regelungen zu treffen diskriminierend und stigmatisierend. Lösungen, die angeblich zur Verbesserung der Situation von SexarbeiterInnen angestrebt werden und die SexarbeiterInnen gleichzeitig entmündigen, sind keine guten Lösungen für

SexarbeiterInnen und führen zur Verschlechterung ihrer sozialen und gesellschaftlichen Situation.

Diese Pressemitteilung wird getragen von:

Sexworker.at / Selbstorganisation von SexarbeiterInnen, maiz – Autonomes Zentrum von und für Migrantinnen (Linz), LEFÖ – Beratung, Bildung und Begleitung für Migrantinnen (Wien), PiA / Projekt für Sexarbeiterinnen (Salzburg), SXA-Info (Graz), iBUS - Innsbrucker Beratung und Unterstützung für Sexarbeiterinnen



Hintergrundinformation:

“International Day to End Violence Against Sex Workers”:

Der 17. Dezember wurde ursprünglich als Gedenktag für die Opfer des „Green River“-Mörders begangen, der in den 1980er und 1990er Jahren in den USA über 90 Frauen ermordete. Die meisten der Opfer waren Sexarbeiterinnen und es dauerte 20 Jahre, bis der Mörder verurteilt wurde. Seit 2003 wird der 17. Dezember mit Demonstrationen, Gedenkveranstaltungen und Mahnwachen weltweit als Aktionstag begangen, um auf die Gewaltverbrechen aufmerksam zu machen, die gegenüber SexarbeiterInnen begangen werden und durch die Stigmatisierung und Kriminalisierung von SexarbeiterInnen verstärkt werden.

Weitere Infos unter: <http://www.swopusa.org/dec17/>